

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : die Verhaftung des Augusto Pinochet

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

auf. «Damit war klar, dass die Regierung den AFP's die Möglichkeit eröffnete, gegenüber Versicherten, die ihren Rentenfonds wechseln wollten, alle denkbaren Verzögerungsspielchen vor der Herausgabe der Kontoauszüge durchzuerzieren», begründet Marcela Cornejo den Widerstand der Gewerkschaften. Zwei Monate lang dauerten die Proteste in der Innenstadt von Santiago. Chiles Polizei ging mit Gewalt gegen die Streikenden vor. Zuletzt versuchten die AFP-Gewerkschaften, das Blatt durch Kirchenbesetzungen und einen wochenlangen Hungerstreik zu wenden. «Wir kämpften um unsere Würde, gegen unerträgliche Arbeitsbedingungen, jahrelange Demütigungen und dagegen, am Ende die Zeche für ein nicht von uns verursachtes Problem bezahlen zu müssen», betont Marcela Cornejo. Am Ende setzten sich «Superintendencia» und AFP's durch. Die neuen Regeln traten in Kraft, und die

Hälfte der «promotoras» verlor bei einer der grössten Massenentlassungen im chilenischen Dienstleistungsbereich ihre Arbeit, 80 Prozent ohne Recht auf «indemnización», wegen Nichterfüllung der Arbeitsverpflichtungen.

Doch selbst mit den neuen Spielregeln ist nicht alles verloren. Der chilenische Wirtschaftswissenschaftler *Jaime Ruiz-Tagle*, Rentenexperte im Büro der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Santiago, hat die Geschichte einer chilenischen Pfingstkirche recherchiert, deren 500 Mitglieder pünktlich alle vier Monate gemeinsam die AFP wechseln, rechtzeitig die benötigten Kontoauszüge beantragen und von dem ausgehandelten Anteil an den Abwerbe-Kommissionen der «promotoras» – wie schon seit Jahren – ihre gesamte Gemeinarbeit, einschliesslich des Pastoren-Gehalts und der Unterhaltskosten ihres Kirchengebäudes, finanzieren.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Die Verhaftung des Augusto Pinochet

Augusto Pinochet Ugarte wurde am vergangenen 16. Oktober in seinem Krankenbett in London verhaftet. Balthasar Garzón, ein mutiger Untersuchungsrichter am obersten Gerichtshof Spaniens, hat das Festnahmegericht damit begründet, dass Chiles Ex-Diktator verdächtigt werde, «eine internationale Organisation gegründet zu haben, die einen systematischen Plan für illegale Verhaftungen (Entführungen), Folter, gewaltsame Verschleppungen, Morde und das Verschwindenlassen zahlreicher Personen entwickelte und ausführte». Weiter legitimiert Garzón seinen «juristischen

Überraschungsangriff auf das «Monster» (Weltwoche, 22.10.98) damit, dass sich unter den Opfern des chilenischen Staatsterrorismus auch 80 spanische Staatsangehörige befinden. Aus Genf folgte ebenfalls eine Anzeige wegen des seit 1977 vermissten schweizerisch-chilenischen Doppelbürgers Alexis Jaccard.

Jubiläumsgabe für die Menschenrechte

Gross ist der Jubel all jener, die nicht vergessen können, welch unsägliches Leid Pinochet und seine Soldateska mit dem

Putsch vom 11. September 1973 über das chilenische Volk gebracht haben: 3000 Mordtaten, weitere Tausende von Freiheitsberaubungen, Vergewaltigungen und Folterungen. Die Festnahme ist ein *historisches Ereignis*, selbst wenn der Ex-Diktator von den Law Lords des britischen Oberhauses doch noch aus der Haft entlassen werden sollte. Käme Pinochet aus humanitären Gründen frei, so wäre dies für ihn erst recht eine Demütigung, die er politisch kaum überstehen würde.

So bald wird sich nicht wieder ein Vertreter der damaligen Junta ins Ausland begieben. Aber auch die vielen *andern Staatsterroristen*, vom argentinischen Diktator Videla und seinen Generälen bis zu heute in Amt und Würde stehenden Verbrechern gegen die Menschlichkeit, wie Serbiens Milosevic, müssen zittern, sollen es auch.

Das Ereignis der Festnahme Pinochets ist die vielleicht schönste Jubiläumsgabe für *50 Jahre Menschenrechtserklärung* der UNO. Endlich gelten nicht mehr nur die Staaten als Subjekte des Völkerrechts, sondern auch die Menschen selbst, indem sie sich gegen Verbrechen staatlicher Organe zur Wehr setzen und die verletzte Menschenwürde einklagen können. Endlich wiegen die Menschenrechte schwerer als die Einreden der staatlichen Souveränität.

Endlich gilt *Globalisierung* nicht mehr nur für die Wirtschaft, sondern auch für den wichtigsten Teil der internationalen Rechtsordnung, die *Menschenrechte*, ihre Anwendung und Durchsetzung. Natürlich ist die Frage berechtigt, ob *nationale* Gerichte über Verbrechen urteilen sollen, die im Namen anderer Staaten begangen wurden, und ob nicht vielmehr ein *internationales* Gericht dafür zuständig sein müsste. Etwa nach dem Beispiel der Tribunale für Menschenrechtsverletzungen in Ruanda oder Bosnien. Was heute jedoch vor allem zählt, ist das neue Bewusstsein, dass Folter und Mord durch keinerlei Immunität auf Lebenszeit mehr geschützt werden dürfen. Wenn ein Staatsoberhaupt sich nicht von einem gemeinen Verbrecher unterscheidet, soll es auch wie ein solcher beurteilt werden.

Ein Verdikt über den Neoliberalismus

Der Haftbefehl gegen Pinochet ist aber auch ein Verdikt über jenen Neoliberalismus, der nur zu gern bereit war, die Greuel der chilenischen Militärjunta zu entschuldigen, wenn damit der Kapitalismus pur im Sinne von *Milton Friedman* und seinen «Chicago Boys» exekutiert wurde. Unter dieses Verdikt fällt *Baronin Thatcher*, die Pinochet zum Tee einzuladen pflegt und sich soeben in der «Times» für die Freilassung ihres alten Freundes eingesetzt hat. Darunter fallen aber auch die ideologischen Agenturen des Neoliberalismus, die wie die Wirtschaftsredaktion der NZZ die Politik der chilenischen Militärdiktatur zum «wirtschaftspolitischen Modellfall» erklärt. Es ist noch nicht lange her, da wollte NZZ-Redaktor *Gerhard Schwarz* sich von der «bequemen» These verabschieden, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Das zeige das Beispiel Chiles, meinte er, das «seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum einer brutalen Diktatur» verdanke. Dieses Modell suchte er gar den ehemals «realsozialistischen» Ländern zur Nachahmung zu empfehlen. Ihr «Systemwechsel» laufe sonst «permanent Gefahr, in einen zum Scheitern verurteilten «Dritten Weg» zwischen Plan und Markt zu münden» (NZZ, 11./12.1.92).

Unser Weltblatt hatte schon das Ende der chilenischen Demokratie ohne ein Wort des Bedauerns kommentiert und mit dem «wirtschaftlichen Niedergang» unter der *Regierung Allende* zu erklären versucht, obschon es «dem skrupulös die Legalität befolgenden Staatschef» (NZZ 13.9.73) *keinen Verfassungsbruch* vorwerfen konnte. Später leitartikelte ein Auslandredaktor gar mit der These, dass sich rechtsstaatliche und demokratische Verhältnisse für Lateinamerika wenig eigneten, da «wahrscheinlich Militärregime ... auf lange Sicht eher zu einer Entfaltung einer lateinamerikanischen Eigenständigkeit beizutragen» vermöchten (NZZ 26./27.7.80).

Gegen derartige Relativierungen, von welcher Seite auch immer sie kommen,

wendet sich die Botschaft aus Spanien und aus den andern Staaten, die in London ihren Haftbefehl gegen Pinochet deponiert haben: Die *Menschenrechte* gelten *ohne Vorbehalt*. Ihre Verletzung wird durch nichts gerechtfertigt, nicht durch irgendeine kulturelle «Eigenständigkeit» und schon gar nicht durch eine «Marktwirtschaft ohne Adjektive». Das hat Folgen für den seit 1989 scheinbar triumphierenden Neoliberalismus, der sich weltweit nicht auf demokratischem Weg, sondern nur mit autoritärer Gewalt durchsetzen kann. Da der *Fetischismus des Marktes* immer wieder und fast zwangsläufig in einen *Faschismus des Marktes* umschlägt, steht mit Pinochet eine

ganze Wirtschaftsideologie am Pranger der Weltöffentlichkeit.

Mag sein, dass der selbsternannte Senator auf Lebenszeit bis zum Erscheinen dieses Beitrags wieder nach Chile zurückkehrt sein wird. Auch dann wäre die Welt für ihn nicht mehr dieselbe wie zuvor. Die Weltöffentlichkeit würde ihn weiterhin auf der *Anklagebank* sehen – und mit ihm die Schergen, die ihn unterstützten, sei es mit nackter Gewalt, sei es mit publizistischer Schützenhilfe.

Aber auch der Neoliberalismus blickt in seinen eigenen Spiegel, wann immer die Fratze der chilenischen Militärjunta wieder auftaucht.

Hinweis auf ein Buch

WIDERSPRUCH, Heft 35/98: *Menschenrechte*, 240 Seiten, Fr. 21.– (Bezug durch Buchhandel oder: Widerspruch, Postfach, 8026 Zürich, Tel./Fax 01 273 03 02).

Die Menschenrechte seien «nicht immer ein klassisches Thema der Linken» gewesen, monierte die NZZ in einer Besprechung des vorliegenden neuen Hefts der Theoriezeitschrift WIDERSPRUCH. Das ist nur teilweise richtig. Dass Karl Marx mit den bürgerlichen Freiheitsrechten wenig anzufangen wusste – mit fatalen Folgen für den Umgang mit so grundlegenden Menschenrechten wie Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit oder Koalitionsfreiheit in Staaten des sog. Realsozialismus –, muss allerdings eingeräumt werden. Marx hat den liberalen Grundrechten die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnung entgegengesetzt, das ist sein Verdienst, aber leider tat er es nicht im Sinn einer komplementären, sondern im Sinn einer konträren Dialektik, das ist sein tragisches Versäumnis. Auf der andern Seite gab es immer auch den *demokratischen Sozialismus*, der die Trikolorewerte der Französischen Revolution zu beerben und durch die sozialen Grundrechte zu ergänzen, ja erst eigentlich verallgemeinerungsfähig zu machen suchte. Hinzu kam die Forderung nach demokratischen Partizipationsrechten nicht nur im Staat, sondern auch in der Wirtschaft, die «Wirtschaftsdemokratie» also, die sich mit einer Zentralverwaltungswirtschaft ebensowenig vertragen hätte.

Ein breites Spannungsfeld innerhalb des linken Diskurses um Menschenrechte widerspiegelt sich im neuen WIDERSPRUCH. Wolf-Dieter Narr und Roland Roth analysieren klarsichtig die Unvereinbarkeit zwischen den Menschenrechten und dem Kapitalismus. Analog argumentiert Christa Wichterich, die das feministische Menschenrechtskonzept der neoliberalen Globalisierung entgegengesetzt. An das soziale Grundrecht auf Nahrung erinnert Sieglinde Weinbrenner, während Reinhard Kössler das «Recht auf Entwicklung» ideologiekritisch hinterfragt. Unter dem Begriff der «Wirtschaftsbürgerrechte» fordert Peter Ulrich eine lebensdienliche Arbeitspolitik. Dass dazu auch die Demokratisierung der Wirtschaft gehören müsste, steht aber erst im Beitrag von Heiner Busch. Gegen einen Kulturalismus wendet sich Dieter Senghaas, der feststellt, dass die Menschenrechte nicht selbstverständlicher Bestand der europäischen Kultur sind, sondern gegen sie erkämpft werden mussten. In eine ähnliche Richtung zielt Susanne Kappeler mit ihrer aktuellen Kritik am Vorrang der Männerrechte auch in der «westlichen» Kultur. Farhad Afshar arbeitet die prinzipiellen Gegensätze zwischen den westlichen und den islamischen Menschenrechten heraus und plädiert für den interkulturellen Dialog anstelle eines destruktiven Kulturmordes. Besonders wichtig ist die Abhandlung von Alex Sutter, der die Spannung zwischen kollektiven Menschenrechten, wie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, und den Individualrechten thematisiert.

W. Spieler